Pressemitteilung

Bayerischer BauernVerband

04. Februar 2014

Gleichstrompassage Süd-Ost auf den Prüfstand!

BBV fordert sachgerechte Bewertung und fairen Umgang mit Betroffenen

München (bbv) – Im Zuge des bundesweiten Netzausbaus soll eine etwa 450 Kilometer lange Stromtrasse nach Bayern gebaut werden. Derzeit läuft eine heftige Diskussion über diese neue Leitungstrasse. „In einer von Emotionen geprägten Atmosphäre brauchen wir nun eine sachgerechte Bewertung der Notwendigkeit und des geplanten Verlaufs“, sagte Hans Müller, Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes. „Dieses Großprojekt muss objektiv auf seinen Nutzen für die Energiewende und die Stromversorgung in Bayern hin untersucht werden!“ Zwar sei die Leitungstrasse von Sachsen-Anhalt bis ins schwäbische Meitingen im Netzentwicklungsplan bereits als notwendig verankert worden, doch inzwischen werden Befürchtungen laut, dass damit nicht nur Strom von Offshore-Windkraftanlagen, sondern auch Energie aus Braunkohlekraftwerken nach Bayern transportiert werden soll. „Das wäre weder im Sinne der Energiewende oder des Umstiegs auf Erneuerbare Energie, noch im Sinne der bayerischen Landwirte und Waldbauern“, sagte Müller. „Wichtig wären zudem stichhaltige Informationen, ob die politischen Überlegungen zum Bau von Gaskraftwerken in Bayern bei der Netzausbaubedarfsplanung bereits berücksichtigt wurden. Die bayerischen Bauern und Grundstückseigentümer befürchten massive Beeinträchtigungen und Eingriffe durch den Trassenbau, während gleichzeitig ihre Anstrengungen zu dezentralen Projekten für umweltfreundliche Energien konterkariert würden.“

Die Bewohner, Landwirte und Grundstückseigentümer in insgesamt 28 bayerischen Landkreisen könnten vom Bau der Gleichstrompassage Süd-Ost betroffen sein. „Anstatt über weitere Trassenvarianten zu diskutieren, muss erst geprüft werden, ob diese Leitung wirklich notwendig ist“, so Müller. „Sollte tatsächlich Bedarf bestehen, müssen die Interessen der Anwohner, Landwirte und Grundstückseigentümer bei der Planung ausreichend berücksichtigt werden.“ Im Zuge der gesamten Energiewende kritisiert der Bauernverband, dass die Anliegen der Grundstückseigentümer und Landwirte, die Flächen bewirtschaften, nicht ernst genug genommen werden. „Forst- und landwirtschaftliche Flächen müssen bestmöglich geschont werden und eine faire Vergütung für die beanspruchten Flächen gefunden werden“, fordert Müller. „Zudem dürfen durch die Energiewende nicht noch zusätzliche Flächen für Ausgleichsflächen beansprucht werden – es handelt sich ja bereits um eine ökologische Maßnahme!“ Darüber hinaus würden im Netzentwicklungsplan dezentrale Speichertechnologien nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei könnte durch solche Technologien der Netzausbau reduziert werden. „Außerdem muss geprüft werden, inwieweit auf bereits bestehende Infrastruktur zurückgegriffen werden könnte“, fordert Müller. So sei zum Beispiel als Alternative zu einem 150.000 Quadratmeter großem Konverter im Raum Meitingen auch die Nutzung der bestehenen Anlagen und der Infrastruktur

Bayerischer Bauernverband Kommunikation
Max-Joseph-Straße 9 80333 München Telefon 089 55873-209 Fax 089 59 23 11
Kommunikation@BayerischerBauernVerband.de www.BayerischerBauernVerband.de

des Atomkraftwerkes Gundremmingen zu prüfen. Auf eine entsprechende Anfrage vom September 2013 hat der Netzbetreiber bis heute nicht reagiert.

Der Bayerische Bauernverband stellt aus aktuellem Anlass klar, dass der bäuerliche Berufsstand wegen der geplanten Leitung bisher keinerlei konkrete Verhandlungen mit dem Netzbetreiber Amprion zu Entschädigungen führt oder geführt hat. Hierzu muss erst die Notwendigkeit der Leitungstrasse nachgewiesen werden.